

Nachwort zum Vietnamkrieg

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338677>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nachwort zum Vietnamkrieg

Noch erscheint es fraglich, ob der grosse Waffenstillstand vom 27. Januar 1973 Vietnam den Frieden und welchen Frieden er bringen wird. Kaum überbrückbar erscheint immer noch der politische Gegensatz von Nord und Süd und im Süden der Gegensatz zwischen dem Regime Thieu und dem Vietkong. Andererseits hat die nordvietnamesische Regierung keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die Einheit des Landes anstrebt, da sie Vietnam – einschliesslich der ethnisch differenzierten Bergstämme des Hochlandes – als nationale Einheit ansieht. Vorläufig ist im Waffenstillstandsabkommen für den Süden freilich ein gemischtes Regime vorgesehen, das Wahlen durchführen soll. Thieu versteht darunter Präsidentschaftswahlen, der Vietkong hingegen die Wahl einer Art Konstituante. Die Machtstellung der beiden Kontrahenten ist kaum bewertbar. Zweifellos verfügt Thieu noch über einen einsatzfähigen Militär- und Polizeiapparat, wird er offenbar auch von einer betont antikommunistischen Haltung bestimmter Bevölkerungskreise unterstützt, nicht zuletzt von den 1954 aus dem Norden abgewanderten Katholiken. Dem steht die allgemeine Kriegsmüdigkeit und der Vietkong entgegen, der sich im Dezember 1960 als Befreiungsfront (FNL) aus verschiedenen Oppositionsgruppen bildete und sich in den Busch absetzte. Damals regierte in Saigon diktatorisch der katholische Politiker Ngo Dinh Diem, der später ermordet wurde. Der Vietkong, in dessen Reihen die besser organisierten und politisch zielstrebigeren Kommunisten bestimmend wurden, erhielt vom Norden erst versteckte, dann offene Unterstützung. Unabhängig von diesen Problemen des vietnamesischen Bürgerkrieges ist in der westlichen Welt allgemein das Ende des Grosseinsatzes der militärischen Weltmacht Nordamerika mit Erleichterung aufgenommen worden. Unabhängig von den politischen Zusammenhängen erregte dieser Grosseinsatz gegen ein vorwiegend agrarisch unterentwickeltes Land in steigendem Masse die Opposition nicht nur der Anhänger oder Sympathisanten der kommunistischen Bewegung. Man nahm Partei für das Volk, das, da der Einsatz der amerikanischen Landstreitkräfte keine entscheidenden Erfolge brachte, wahllos bombardiert, dessen Wälder «entlaubt», dessen Reisfelderdeiche zerstört wurden. In diesem ungleichen Kampf sah man das vietnamesische Volk der Vernichtung ausgesetzt. Bei diesen weltumspannenden Protestaktionen entwickelte sich eine allgemeine antiamerikanische Grundstimmung, die naturgemäss dem kommunistischen Norden zugute kam. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich als Rückwirkung sogar innenpolitische Rückwirkungen gezeigt. Der Parteivorstand der SPD wandte sich erst kürzlich gegen die antiamerikanischen Ressentiments insbesondere in den Reihen der Parteijugend, die dem Gedanken des atlantischen

Militärbündnisses abträglich sei. Abträglich aber waren seit Bestehen des Atlantikpaktes dem Bündnis in erster Linie der Widerspruch zwischen dem Text der Präambel des Vertrages¹ und der Politik der amerikanischen Vormacht des Paktsystems, sei es durch Sonderverträge mit dem spanischen Diktator Franco, sei es durch die famose Landung amerikanischer Truppen auf Santo Domingo zum Schutze einer korrupten antidemokratischen Militärkamarilla und schliesslich durch diesen schauerlichen Kolonialkrieg an fernen, allzu fernen Gestaden.

Die amerikanische Aktion in Vietnam startete im Namen der Abwehr kommunistischer Machtbereiche, also aus dem gleichen politischen Motiv wie die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Koreakrieg. Die Gegebenheiten waren jedoch in beiden Ländern grundverschieden. Die Teilung Koreas erfolgte im Zuge der letzten Phase des Weltkrieges, wie in Deutschland. Der Vorstoss der Nordkoreaner war eine Offensive mit dem – von der Sowjetunion inspirierten und unterstützten – Ziel, ganz Korea unter die Herrschaft des kommunistischen Regimes zu bringen. Das bedeutete auch die Verlegung der strategischen Grenze zwischen der Sowjetunion und dem damals noch von den Vereinigten Staaten besetzten und verwalteten Japan in die unmittelbare Nähe der japanischen Küste. Zweifellos war Korea zuvor vierzig Jahre eine japanische Kolonie gewesen. Die koloniale Komponente des politischen Problems ist in diesen beiden Ländern – Korea und Vietnam – aber nicht vergleichbar. Denn ganz Indochina, also auch Laos und Kambodscha, war zu Ende des Zweiten Weltkrieges fast hundert Jahre französische Kolonie gewesen. Es war die grosse Epoche der Kolonialreiche europäischer Grossmächte, in der Napoleon II. es für notwendig hielt, in Indochina – angeblich zum Schutz christlicher Missionare – zu intervenieren. Man kann darüber streiten, ob die europäische Kolonialherrschaft den kolonisierten Völkern nur Unglück gebracht habe. Sicherlich hat sie zur Entwicklung dieser Gebiete technisch wie wirtschaftlich beigetragen. Rosa Luxemburg hat diesen Prozess der Entwicklung kolonisierter Länder als Einbruch der kapitalistischen Kräfte in die vorkapitalistischen, im heutigen politischen Sprachgebrauch «unterentwickelten» Gebiete der Welt bezeichnet und insbesondere das Beispiel der Kolonisierung Algeriens durch Frankreich dafür zitiert. Dieser Einbruch in den vorkapitalistischen Raum vollzog sich aber im Zeichen der Kolonialherrschaft in der Form doppelter Unterdrückung, der Lohnarbeiter durch die Ausbeutung von Naturschätzen oder modernen Betrieben und der «Eingeborenen» durch die herrschende

¹ «Die Partner dieses Vertrages bekräftigen erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben. Sie sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten . . .»

Klasse der weissen Kolonialherren und den von ihnen geschaffenen Herrschaftsapparat. In Indochina gab es ausserdem die einheimische hierarchisierte soziale Klassenstruktur, die insbesondere in bestimmten Gegenden zur Ausbeutung landloser Arbeitsbauern durch die landbesitzende Oberklasse führte. Gegen fremde Eroberer mussten sich die Vietnamesen schon seit Jahrhunderten wehren. Ehedem waren das die Chinesen, im 19. Jahrhundert die französische Militär- und Kolonialverwaltung. Früher als etwa im ehemals französischen Nordafrika entstanden die nationalen Emanzipationsbewegungen, wie überall in den ehemaligen Kolonialländern angeführt von jungen Intellektuellen, die in den – ausgezeichnet geführten – französischen Schulen die Grundbegriffe der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution gelernt hatten. Auch spontane Aufstände der Reisbauern und Bergstämme gab es. Frankreich musste neunzig Jahre lang eine erhebliche Militärmacht in Indochina – nicht nur in Vietnam – unterhalten. Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde dieser Machtapparat erschüttert. Der weitausgedehnte Machtbereich der japanischen Expansion in Südostasien erfasste auch Indochina. Allerdings hatten die Japaner es nicht nötig, das französische Indochina zu erobern. Die Kapitulationsregierung des Marschalls Pétain in Vichy, die als schwache Kopie des Hitler-Regimes in Frankreich – unter Gestapoaufsicht – die «Nationale Revolution» proklamierte, inaugurierte für Indochina eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Japanern, die vorerst nur eine Mission in dieses Land schickten und seine wirtschaftlichen Möglichkeiten – vor allem strategische Güter – für ihre Kriegführung nutzten. Aus der Mission wurde aber dann doch eine Art Besatzung. Zu Ende des südostasiatischen Krieges, als die Japaner sich zurückziehen mussten, überliessen sie – ähnlich wie im holländischen Indonesien – ihre Ausrüstung und Waffen den Einheimischen, also den Vietnamesen. Es entstand die erste militärisch sich organisierende vietnamesische Befreiungsbewegung, nachdem Ho Chi-Minhs Verhandlungen in Paris – nach der Befreiung Frankreichs – zu keinem Ergebnis führten. Es begann die Stunde des Generals Giap, der – mit sowjetischer Unterstützung – aus Partisanen eine schlagkräftige Armee organisierte und den französischen Kolonialtruppen 1954 die vernichtende Niederlage in der Schlacht um Dien-Bien-Phu beibrachte. Das war nicht nur die Tat – und Überlegung – eines Mannes, das war der Kampf eines seit neunzig Jahren unterdrückten Volkes gegen die Kolonialherrschaft. Das französische Expeditionskorps war gut organisiert und militärisch gut geführt. Aber es war – nach alter Tradition der kolonialen Grossmacht Frankreich – eben ein Kolonialheer, zusammengesetzt aus französischen Kadern, Fremdenlegionären, Marokkanern, Algeriern, Tunesiern und Senegalesen. Es herrschte strenge Disziplin. Die Kampfmoral dieser buntgemischten Truppen war jedoch nicht mit der der für nationale Befreiung kämpfenden Vietnamesen unter der politischen Führung von Ho Chi-Minh und der militärischen Leitung von Giap

vergleichbar. Es gab im indochinesischen Dschungel noch einen Nebeneffekt für das – einstige – französische Kolonialimperium. Aus Unteroffizieren und Feldweibern nordafrikanischer Herkunft formierten sich die Kader des darauffolgenden algerischen Freiheitskrieges.

Die internationale Indochinakonferenz in Genf 1954, an der die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China, die Sowjetunion, Nord- und Südvietnam, Laos und Kambodscha teilnahmen, begann vor der Einstellung der Feindseligkeit und führte, wie neuerdings, zu einem international vereinbarten und kontrollierten Waffenstillstand, mit der Massgabe, dass bis 1956 allgemeine Wahlen in ganz Vietnam stattfinden würden. Diese Wahlen fanden nie statt, denn die südvietnamesische Regierung unter Ngo Dinh Diem, die von dem – in Frankreich «residierenden» – Kaiser Bao Daï eingesetzt worden war, diesen dann jedoch entmachtete, befürchtete sichtlich, diese Wahlen würden zugunsten der dynamischen und besser als jede andere politische Strömung organisierten kommunistischen Kräfte ausfallen. Dies obwohl beim Waffenstillstand ungefähr hunderttausend Katholiken aus dem kommunistischen Norden des Landes, der im Waffenstillstand längs des 17. Breitengrades seine Grenze fand, im Süden Zuflucht fanden. Es gab also innerhalb der vietnamesischen Bevölkerung sicherlich eine Problemstellung zwischen Kommunisten und Antikommunisten, obwohl bereits damals das Ho-Chi-Minh-Regime die Entkolonialisierung und nationale Unabhängigkeit auf seine Fahne geschrieben hatte.² Im Süden entwickelte sich unter Diem, während die französischen Streitkräfte, Polizisten und Regierungsberater bis 1960 das Land verliessen, eine politische Ordnung, die man nicht unbedingt als Diktatur, aber sicherlich noch weniger als demokratisch-rechtsstaatlich ansprechen konnte. Diem führte Krieg gegen nichtkatholische religiöse Sekten, die als solche Gemeinschaften eigener Art ebenso darstellten wie die Buddhisten, zweifelsfrei die Mehrheit des Volkes. Das kostete ihm Macht und Leben. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Amerikaner bereits die Stelle der einstigen Kolonialmacht eingenommen, nicht als Vormacht, sondern als «Helfer», mit Geld und mit militärischen Beratern, welche die aus dem französischen Verband gelösten südvietnamesischen Truppen instruierten und ausrüsteten. Noch bevor Diem gewaltsam gestürzt und umgebracht wurde, hatten einige seiner ehemaligen Minister in einer Erklärung sein Regime heftig angegriffen, bildete sich dann unter der Führung des Saigoner Rechtsanwaltes Nguyen Huu Tho die «Nationale Befreiungsfront» (FNL), heutzutage allgemein als «Vietkong» bekannt. Nachdem die in Genf vereinbarten Wahlen nicht stattfanden, wäre es sonderbar gewesen, wenn die kommunistische Staatspartei des Nordens Lao Dong nicht im

² Bezeichnend für die damalige Lage war, dass in Genf die Nordvietnamesen bereit waren, das künftig vereinte Vietnam in der — kurzlebigen — Französischen Union zu belassen, die nach dem britischen Commonwealth-Modell Frankreich und seine einstigen Kolonien zu einer politischen Einheit zu vereinen suchte.

gleichen Sinne zur Befreiung des Südens aufgerufen hätte. Und bei Aufrufen blieb es natürlich nicht. Der Partisanenkampf wurde vom Norden unterstützt, Grund genug für Washington, die Antikommunisten in Saigon zu unterstützen. Der Kommunismus als Herrschafts- und als wirtschaftliches System sollte begrenzt werden. Die famose «Domino»-Theorie kam auf, nach der die global gedachte Verteidigungslinie gegen den Kommunismus zusammenbreche, falls ein Dominostein, so wie man die Steine beim Spiel vor sich aufzubauen pflegt, herausfallen würde. Die Militärs, als Fachleute, an deren Urteil niemand zu zweifeln wagte, waren naturgemäss überzeugt, dass die Weltmacht USA von diesen Vietnamesen nicht besiegt werden könnte. Sie zogen weder aus dem vorhergehenden französischen Indochina-Feldzug noch aus dem erfolglos sich dahinziehenden Partisanenkrieg in Algerien irgendwelche Lehren. Sie siegten ununterbrochen und kamen nicht weiter. Sie übertölpelten den amerikanischen Kongress mit dem Zwischenfall im Golf von Tonking und griffen nunmehr Nordvietnam direkt an, entwickelten den grausigen Bombenkrieg. Dieser Bombenkrieg, die Anwendung Lebensgrundlagen des Landes zerstörender Kampfmittel wie die «Entlaubung» und das barbarische Kampfmittel Napalm erwiesen sich aber im Laufe der Jahre als militärisch wenig wirksam. Sie brachten Proteste aus aller Welt, teilweise vielleicht kommunistisch gesteuert, aber keineswegs nur aus diesem Bereich. Die einfache militärische Weisheit, dass nur erobertes Gelände, das man wirklich in der Hand hat, kriegsentscheidend ist, hatte in den technokratisch ausgerichteten Überlegungen der leitenden amerikanischen Militärs – und des Präsidenten – offenbar keinen Platz. Sie wundern sich nunmehr, nehmen es aber nicht zur Kenntnis, dass die nordvietnamesischen Politiker nicht zu Unrecht von ihrem Sieg sprechen.

Noch ist dieser Indochinakrieg nicht ganz zu Ende. In Kambodscha wird weitergekämpft, stehen die «Khmers rouges»³ unter der Fernprotektion des wendigen Prinzen Sihanuk im Verein mit nordvietnamesischen Truppen gegen das «republikanische» System, das aus seiner Revolte gegen Norodom Sihanuk weder eine politische Leitidee entwickelte noch einen korruptionsfreien Apparat aufzubauen verstand und nun in dieser letzten Phase des Indochinakrieges, am Rande des vietnamesischen Waffenstillstandes, in einem wenig aussichtsreichen militärischen Kampf von den Vereinigten Staaten unterstützt wird. Ausgangspunkt ist Siam, wo amerikanische Luftstreitkräfte stationiert sind, ein politisches Ärgernis für jene Bevölkerungsteile, die im Sturm der südostasiatischen Ereignisse die Anwesenheit fremder und noch dazu «weisser» Truppen als Beeinträchtigung des nationalen Status eines Landes ansehen, das niemals europäische oder amerikanische Kolonie war.

³ Khmer (sprich Chmer). Bezeichnung für die kambodschanische Nationalität in dem auch von siamesischen und vietnamesischen Minderheiten bewohnten Land.

Den Faktor der antikolonialistischen Impulse und nationalen Selbstbesinnung im Drama des dreissigjährigen Krieges in Indochina zu übersehen ist ein – leider oft begangener – politischer Irrtum. Von Anbeginn der nordamerikanischen «Beratung» und dann Intervention war es unvermeidlich, dass die Völker Indochinas in der Anwesenheit der Amerikaner eine Neuauflage der kolonialistischen Epoche sahen. In Saigon herrschten nicht nur «Puppenregierungen», wie man in Hanoi behauptete. Aber die Amerikaner wurden zwangsläufig zur zweiten Macht in diesen Gebieten. Sie hatten ihren eigenen Sicherheitsdienst, sie versuchten sogar, umgesiedelte Bauern auf ihre – sehr amerikanische – Art zum «American Way of Life» umzuerziehen. Im kommunistischen Norden wurden, wie berichtet wird, im agrarischen Bereich abwegige Methoden eingeschlagen und Fehler gemacht. Aber das war im eigenen Lande, von Menschen dieses Landes. In allen ehemaligen Kolonialgebieten ist die Bevölkerung gegen paternalistische Fürsorge durch den weissen Mann überempfindlich, gar nicht zu reden von den vielen Kampfsituationen, in denen im Laufe dieses Krieges die Vietnamesen zum Freiwild wurden. Da man, wie immer im Bürgerkrieg, oft nicht genau wusste, wen man vor sich hatte, Freund oder Feind, wurde auf alles geschossen. Schliesslich waren auch Greise, Frauen und Kinder gefährlich. Sie konnten ja die Partisanen informieren, falsche Auskünfte geben oder spionieren. Den menschlichen Krieg gibt es bekanntlich nicht.⁴ Aber der Kolonialkrieg ist besonders unmenschlich, weil er dem nicht immer fassbaren und erkennbaren Feind gegenüber zur einfachsten Methode der Vernichtung oder gar zur Anwendung von Foltermethoden führt, mit denen man angeblich die eigene Truppe besser zu schützen imstande sei. Der Waffenstillstand für Vietnam war noch nicht unterzeichnet, als in Europa ein Filmwerk einer Gruppe New Yorker Filmleute bekannt wurde, das unter dem Titel «Winter Soldier»⁵ bekannt wurde, in dem junge amerikanische Veteranen des Vietnamkrieges berichten, wie dieser grausige Krieg im Alltag aussah, illustriert durch eigene Photos und Filme vom Schauplatz des Geschehens. Sie berichteten von jenen Sätzen der Troupiers im Dschungel, die man die Doktrin des Krieges gegen Kolonialvölker nennen könnte. «Ein lebender Vietnameser ist verdächtig, ein ‚Vietkong‘ zu sein; ein toter Vietnameser ist sicher ein ‚Vietkong‘ . . .»

Sicherlich gibt es für das vietnamesische Volk eine Reihe politischer Fragen, gibt es die Frage, ob das kommunistische Regime im Norden nicht im Widerstreit zu religiösen Vorstellungen dieses Landes steht,

⁴ Der deutsche Anarchist Erich Mühsam, der 1934 in einem KZ umgebracht wurde, schrieb einmal: «Es gibt kein Volk und kann keines geben, das zivilisiert genug wäre, um zivilisiert Krieg zu führen. Denn der Krieg ist selbst etwas Unzivilisiertes . . .»

⁵ Rezensiert und ausführlich beschrieben in «Le Monde», Paris, vom 11. Februar 1973 von Patrice de Beer.

buddhistische oder katholische oder andere. Doch gegenüber der französischen Kolonialarmee seinerzeit und der amerikanischen Armee der letzten Jahre schlägt das antikolonialistische Element immer wieder durch. Diese einfache Tatsache nicht begriffen zu haben, ist, um mit Talleyrand zu reden, nicht das Verbrechen der Amerikaner, sondern, schlimmer, ihr Fehler gewesen.

An diesem Fehler leiden wir politisch auch im westlichen Teil des europäischen Kontinents. Die Jugend insbesondere versteht nicht, dass die Welt nicht aufsteht gegen die Art, wie die USA in Vietnam Krieg geführt haben. Die Bombardements und die Entlaubungsaktionen erwecken die – an sich gerechtfertigte – Empörung gegen diesen Krieg, zuletzt bei der Wiederaufnahme des Bombenkrieges gegen Nordvietnam nach den ersten Waffenstillstandsverhandlungen im Oktober 1972. In der deutschen Bundesrepublik – ausser den vielen Komitees kommunistischer Inspiration – meldeten sich die Jungsozialisten und äusserten Unmut, dass ihr Parteivorsitzender, Bundeskanzler Willy Brandt, nicht wie der schwedische Ministerpräsident Olof Palme laut protestiert habe. Durch die Einstellung der Kämpfe kam diese Auseinandersetzung schnell zum Stillstand. Brandt ist an sich nicht der Mann impulsiver Proteste, schon gar nicht, wenn dabei die guten diplomatischen Beziehungen zu einer der beiden Supermächte auf dem Spiel stehen. Doch früher hat er sich einmal zu dieser Frage – auch nicht auf dem Marktplatz des politischen Geschehens – geäussert. Das liegt mehr als sechs Jahre zurück.⁶ Willy Brandt bekam den amerikanischen Freedom Award verliehen und wurde aus diesem Anlass nach New York eingeladen. Gegen diese Preisverleihungen gab es Proteste, nicht zuletzt gegen den Präsidenten L. Johnson wegen des Vietnamkrieges. Der greise amerikanische Sozialistenführer Norman Thomas – in New York zu Lebzeiten oft als «Institution» bezeichnet – erklärte in einem Brief an Willy Brandt, er beteilige sich an diesen Protesten nicht, weil Willy Brandt an dieser Verleihung des Freedom Award beteiligt sei. Er verstehe auch, dass es für Brandt wesentlich sei, mit den Vereinigten Staaten gute Beziehungen zu unterhalten, aber er müsse ihm auch die Gründe seiner Opposition gegen die amerikanische Vietnampolitik darlegen. Sehr symptomatisch dafür, wie man vielfach den Vietnamkrieg in Europa beurteilte, war die Antwort von Willy Brandt. Er betonte natürlich, dass die Deutschen keine Lehrmeister für Weltpolitik sein könnten. Doch es gebe wohl auch ein Moment, das für Deutschland und die übrigen Bündnispartner des NATO-Paktes eine Rolle spiele: Die Glaubwürdigkeit amerikanischer Garantien und eines gegebenen amerikanischen Wortes stehen auch in Vietnam auf dem Spiel. Und an anderer Stelle in diesem Brief hiess es, man könne doch nicht aus dem Auge verlieren, dass in Vietnam auch darüber entschieden werde, ob die chinesische

⁶ Siehe «Tatsachen — Argumente», herausgegeben vom Vorstand der SPD, 1966, Nr. 188.

These vom amerikanischen Papiertiger und von der Möglichkeit begrenzter stellvertretender Kriege gegen eine dagegen hilflose Atommacht die Oberhand behalte.

Seither ist viel passiert in dieser Weltpolitik. In Peking redet und schreibt man nicht mehr vom amerikanischen Papiertiger. Der Krieg in Vietnam ist von den Vereinigten Staaten ruhm- und erfolglos beendet worden. Das eigentliche Problem, das diese blutige und nutzlose Intervention auslöste, ist keineswegs erledigt. Noch weiss niemand, wie weit schliesslich die Machtausübung der Kommunisten in Indochina reichen wird. Wenn man den vielzitierten Satz von Clausewitz heranzieht, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, so hat sich hier wohl wieder einmal erwiesen, wieviel besser es ist, auf dieses Mittel der Politik von Anbeginn zu verzichten.

Wie will man die Frau *politisieren*? In Frauenverbänden, denen von vornherein etwas Lächerliches, ja Theatralisches anhaftet? Allzu bald würden sie dazu neigen, den Habitus von Hausfrauenverschwörungen gegen die bösen Männer (und ihre Portefeuilles) anzunehmen. Und wenn es sich um Frauen handelt, die im Berufsleben stehen, so mag ihre Organisation daran scheitern, dass sie in allen dezisiven politischen Fragen ohnedies eine ähnliche Position beziehen müssen wie die Männer, weil ja das soziale Bewusstsein des Menschen von seiner Klassen- und Berufsfunktion und nicht ausschliesslich von seinen Genitalien bestimmt wird.

Heidi Patakti in «Neues Forum», Wien
